

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 34 (1993)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Brüchiger Frieden, aber immerhin Frieden?  
**Autor:** Mati, Ljubomir  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092681>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ljubomir Matić zu den Genfer Gesprächen

# Brüchiger Frieden, aber immerhin Frieden?

Das Unglück Bosnien-Herzegowinas hat vor einem Jahr begonnen, als man sich darüber Gedanken machte – auch in Europa –, wie diese Republik nach Nationalitäten in eine Art Kantone aufgeteilt werden könnte. Wir haben damals schon, noch vor Ausbruch der blutigen Kämpfe, darauf hingewiesen, dass dies nicht funktionieren kann (vgl. «zeitbild» 7/92).

Die Gebiete, in denen Muslims, Serben und Kroaten lebten, waren in jenem Teil des einstigen Jugoslawien dermassen vermischt, dass klare Abgrenzungen unmöglich waren. Und sollte es trotzdem zu einer «Kantonalisierung» kommen, so konstatierten wir, würden gleichwohl 1,5 Millionen von den insgesamt 4 Millionen Menschen ausserhalb «ihrer» Gebiete leben. Was wiederum nur Anlass zu weiteren Kämpfen sein konnte, um die jeweiligen im «fremden Kanton» lebenden «Brüder» zu schützen.

## Konträre Interessen

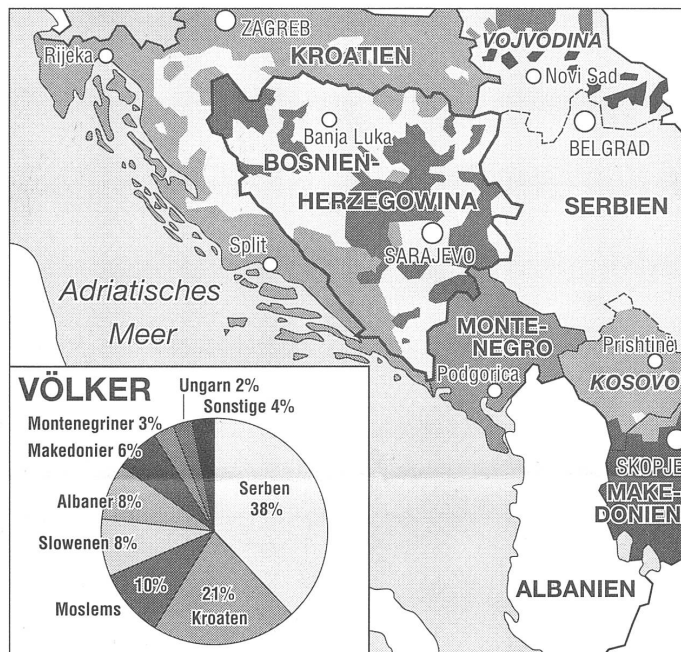
Mit Rückendeckung aus Belgrad und Zagreb haben vor allem die serbischen und die kroatischen Politiker in Bosnien-Herzegowina ein solches Konzept der «Kantonalisierung» befürwortet, während die muslimanische Partei Demokratische Aktion mit dessen Führer Alija Izetbegović einen einheitlichen Staat befürworteten mit der Aussicht auf ein laizistisches System.

Izetbegovićs Persönlichkeit – er ist orthodox-gläubiger Muslim mit Kontakten zur islamischen Welt – vermochte allerdings nicht genügend Vertrauen bei Serben und Kroaten zu wecken, um sein Staatskonzept zu unterstützen. Dieses Misstrauen wurde noch verstärkt durch dessen Bestreben, den Einfluss seiner Partei auch auf die Muslime ausserhalb der Grenzen Bosnien-Herzegowinas auszudehnen. Das schürte natürlich auch Befürchtungen vor einem islamischen Fundamentalismus in Bosnien-Herzegowina.

## Bosnien kein «Modell»-Jugoslawien

So fiel der Vorschlag auf Teilung der einstigen jugoslawischen Republik als einzige Lösung bei Serben und Kroaten auf fruchtbaren Boden. Statt vernünftige Wege für ein Leben miteinander zu suchen, was nicht nur wünschbar, sondern sogar nötig gewesen wäre – immerhin ist jede vierte Ehe eine Mischehe –, wurden Parolen skandiert, Bosnien-Herzegowina könne genausowenig weiterbestehen wie Jugoslawien selbst. Und umgekehrt wurde dieses Argument auch von jenen gebraucht, die die Zerschlagung Jugoslawiens wollten.

Dabei sei jedoch festgehalten, dass ein solcher Vergleich nicht nur aus historischen Gründen unzulässig ist. Immerhin gibt es in anderen Teilen des einstigen Jugoslawien doch Gebiete mit mehr oder minder homogener



ner Ethnieverteilung, während dies in Bosnien-Herzegowina absolut nicht zutrifft. Im Grunde ging es denn auch um die Verwirklichung alter Träume von Vorherrschaft durch Serbien und Kroatien. Und darüber haben beispielsweise auch extremistische kroatische Politiker, selbst aus

Tudjmāns Partei, offen gesprochen: Die Grenze Kroatiens sollte bis zur Drina reichen – gleich wie unter dem Regime Pavelić während des Zweiten Weltkrieges.

## Ziele erreicht – auf Kosten der Muslime

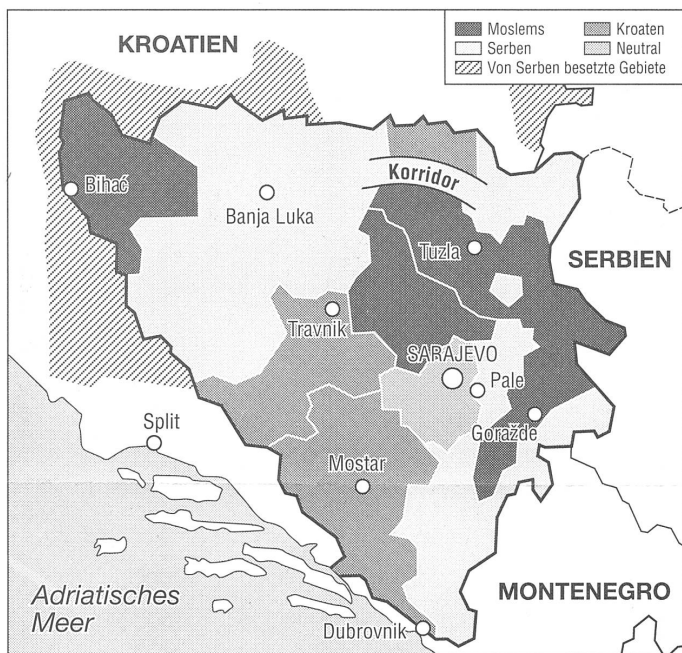
So brach denn der Krieg in Bosnien-Herzegowina vor einem Jahr aus. Dank besserer Bewaffnung haben inzwischen die Serben 60 Prozent des Territoriums erobert. Auch die bosnisch-herzegowinischen Kroaten, die schon wegen ihrer Sympathien für Tudjman in der westlichen öffentlichen Meinung privilegiert behandelt werden, haben ihr Ziel erreicht und rund 25 Prozent des Gebietes besetzt. Und damit verbleibt den Muslimen ein Minimum an Lebensraum (obwohl sie den grössten Teil der drei Nationalitäten stellen; 39 Prozent Muslime, 32 Prozent Serben, 18 Prozent Kroaten), womit sie sich kaum zufriedengeben können.

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's



Logik, die gerade in den 1,5 Millionen Menschen zu suchen ist, die bei einer «Kantonalisierung» ausserhalb «ihrer» Gebiete hätten leben müssen.

## Politik der verbrannten Erde

Es ging darum, gerade diese Menschen aus ihren angestammten Gebieten zu vertreiben. Es wurde in jenen Teilen Bosnien-Herzegowinas eine Politik der verbrannten Erde betrieben, wo vermutet wurde, dass diese einst bei der definitiven Aufteilung der «anderen Seite» zugeschlagen würde. Und das gilt für alle drei Völker. Es ist kein Zufall, dass die Zahl der Flüchtlinge sich um die 1,5 Millionen belaufen. Und dass diese Behauptung etwas für sich hat, zeigen auch die Kämpfe zwischen Kroaten und Muslimen in der Provinz Zentralbosniens und der muslimische Angriff auf die Serben entlang der Drina, just in jenem Gebiet, das als muslimische Provinz vorgesehen ist.

Kann man da die Rückkehr jener Flüchtlinge erwarten, deren angestammtes Gebiet, aus dem sie einst geflohen waren, just jenen zugesprochen wird, vor denen sie geflohen sind? Und, vielleicht noch wichtiger, wie ist eine loyale Zusammenarbeit an der Spitze des Staates zu erwarten, wenn just vor einem Jahr die bosnisch-herzegowinische Krise gerade mit dem Zerfall der damals bestehenden regionalen Machtführung ihren Auftakt nahm?

Das alles soll aber nicht heissen, dass das Projekt von Vance und Owen und deren Bemühungen gescheitert sind. Europa hatte schliesslich keine andere Wahl, als von der bestehenden Situation auszugehen, in der allein das Schweigen der Waffen schon ein Erfolg ist. Die endgültige Lösung des Konfliktes, die heute noch nicht absehbar ist, liegt wohl im Rahmen der Gesamtregelung, die dereinst für die Verhältnisse des ganzen ehemaligen jugoslawischen Raumes wird getroffen werden müssen. ■

Der Plan der Kopräsidenten der Genfer Konferenz, Vance und Owen, will jetzt einen Staat organisieren, dem es vom Tag der internationalen Anerkennung an nicht gelang, als Staat zu funktionieren, den Flüchtlingen die Rückkehr zu ermöglichen und allen Bürgern ein friedliches

Leben zu sichern. Die Organisation eines solchen neuen Staates mit labil verbündeten Provinzen heisst aber nur die Bestätigung des durch den Krieg bereits Erreichten, wobei den Muslimen einige wenige Zugeständnisse gemacht worden sind.

## Fait accompli als Ausgangslage

Die lokalen Politgrössen werden wohl einsehen müssen, dass mehr nicht erreicht werden kann und sie den Krieg schliesslich werden beenden müssen. Das aber dürfte ein trügerischer Friede sein, der der Bevölkerung noch jahrelang keine wirkliche Sicherheit geben und der auch keine Flüchtlinge zurücklocken wird.

Der entsetzte Beobachter des Geschehens der letzten Monate wurde konfrontiert mit schrecklichen Bildern, mit Meldungen über Zerstörungen, Lager, unfassbare Grausamkeiten, unfähig, dahinter überhaupt einen Sinn zu sehen. Und doch hatte das alles eine tiefere, schreckliche

**Wir möchten mit Ihnen in einen Dialog treten. Angesichts der verfahrenen Lage auf dem Balkan interessiert uns Ihre Meinung hierzu ganz besonders. Was beschäftigt Sie am meisten? Sehen Sie Lösungsmöglichkeiten zur Befriedung der Region? Oder brennt es Ihnen schon lange unter den Nägeln, Ihre Gedanken zu einem anderen Thema zu Papier zu bringen? Schreiben Sie uns doch. Leserbriefe werden publiziert, wobei wir Sie der Vielfältigkeit zuliebe bitten, sich möglichst kurz zu halten. Besten Dank.**

## IGFM-Resolution

Am 23. Januar hat die Schweizer Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM-CH) in Solothurn ihre Generalversammlung abgehalten. Unter anderem berichtete auch die deutsche Journalistin Alexandra Stiglmeier eindrücklich über die Greuelthaten gegen die Zivilbevölkerung in Bosnien-Herzegowina.

Die IGFM-CH beauftragte ihren Präsidenten, Nationalrat François Loeb, im Parlament eine Petition einzureichen, um diesen krassen Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten.

So werden die eidgenössischen Behörden aufgerufen, als Depositärstaat der Genfer Konvention

alles daranzusetzen, dass Verletzungen dieser Konvention verhindert werden, und dort, wo sie erfolgen, diese international bekanntzumachen. Zu diesem Zweck ist so bald wie möglich eine **Internationale Konferenz der Signatarstaaten zur Einhaltung der Konvention** einzuberufen.

Zudem soll ein **Internationaler Gerichtshof für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen** geschaffen werden. Schliesslich fordert die Generalversammlung, dass die in der Schweiz befindlichen Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien über die Menschenrechtsverletzungen befragt werden, um Material für spätere Kriegsverbrecherprozesse sicherzustellen.